

Niederschrift

über die 46. Sitzung der Bezirksvertretung Kalk in der Wahlperiode 1999/2004, am Dienstag, dem 16.12.2003, von 17.10 bis 18.40 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses Kalk, Kalker Hauptstraße 247- 273, 51103 Köln (Kalk).

Anwesend:	Bezirksvorsteher Dohm		
	Baumeister		
	Dormeier		
	Eckert		
	Füßenich		
	Gärtner-Plückthun		
	Hambloch		
	Haupt		
	Knappertsbusch		
	Mittmann		
	Neubert		
	Pohl		
	Schmidt		
	Schneider		
	Schuiszill		
	Topp-Burghardt		
	Valtzis		
	Voigtländer		
	Wirtz		
Ratsmitglieder:	Gärtner		
Seniorenvertreter:	Henn		
Verwaltung:	Selter	Bürgeramtsleiterin	02-8
	Jordan	Stellv. Bürgeramtsleiter	02-8
	Braun	Leiter des Zentralen Bürgeramtes	02
	Büscher	Leiter des Amtes für Kinder, Jugend und Familien	51
	Odrowski	Amt für öffentliche Ordnung	32
	Beyen	Amt für Soziales und Senioren	50
	Heintz	Organisationsamt	
	Dr. Sarikaya	Amt für Stadtentwicklung und Statistik	15
	Neuenhöfer	Amt für Straßen und Verkehrstechnik	66
Schriftführerin:	Brüggen		
Entschuldigt:			

Tagesordnung

I. . Öffentlicher Teil

- A** Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung Kalk
- 1. Einwohnerfragestunde**
 - 2. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs 7 HS**
 - 3. Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS**
 - 4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
 - 5. Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
 - 6. Annahme von Schenkungen**
 - 7. Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
 - 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO
 - 7.2.1 Antrag der SPD-Fraktion
betr: Pilotprojekt Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Merheim
 - 8. Verwaltungsvorlagen**
 - 8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
 - 8.1.1 Einziehung des Verbindungsweges zwischen der Nobelstraße und der Thorwaldsenstraße in Köln-Vingst
DS-Nr.: 113/803
 - 8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS
 - 8.2.1 Verwaltung in den Stadtbezirken
DS-Nr.: 1573/003
 - 8.2.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
betr.: Sanierung/Umgestaltung des Spielplatzes „Brückenauser Straße“ in Köln-Höhenberg
DS-Nr.: 1617/003
 - 8.2.3 Nahverkehrsplan Köln 2003 – 2007
DS-Nr.: 1523/003

- 8.2.4 Haushaltskonsolidierung 2003 ff., Maßnahmen-Nr. HSK: 4520-02
hier: Ganztagsangebote für 10 – 14 jährige Schülerinnen und Schüler in Jugend-
einrichtungen und Bürgerzentren
Nachmittagsbetreuung an den Sonderschulen für Erziehungshilfe bzw. Lern-
behinderte

**9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Be-
zirksvertretungen**

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

- 9.1.1 Anfrage des Herrn Pohl (CDU-Fraktion)
betr.: Kreuzung Rösrather Straße / Frankfurter Straße

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 15.05.2003, TOP 9.3.2 (mündliche Anfrage)

- 9.1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betr.: Einbürgerungen im Stadtbezirk Kalk

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 13.11.2003, TOP 9.2.2

9.2 Neue Anfragen

- 9.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion
betr.: Blumenstand an der Haltestelle Vingst

9.3 Mündliche Anfragen

- 9.3.1 Anfrage des Herrn Füßenich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
betr.: Abenteuerhalle Kalk

10. Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

- 10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Kalk
Bearbeitungsstand 01.12.2003

- 10.2.2 Teilraum Rechtsrheinisch-Nord
hier: Haushaltsbefragung zum Verkehrsverhalten

- 10.2.3 Aufstellung von Papierkörben in der Saarbrücker Straße und Weinheimer Straße

II. Nichtöffentlicher Teil

**11. Anträge gem. §§ 3, 40 abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Be-
zirksvertretungen**

- 11.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

11.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO

12. Verwaltungsvorlagen

12.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS

12.1.1 Verkauf des denkmalgeschützten Hauses Rather Schulstraße in Köln-Rath/Heumar
DS-Nr.: 114/803

12.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Sätze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

13. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

13.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

13.2 Neue Anfragen

14. Mitteilungen

14.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

14.2 Mitteilungen der Verwaltung

14.2.1 Sachstand „Pavillon“

Herr Bezirksvorsteher Dohm eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Als Stimmzähler benennt er Herrn Knappertsbusch (CDU-Fraktion), Herrn Schneider (SPD-Fraktion) und Frau Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen).

zusätzliche Tagesordnungspunkte:

A Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung Kalk

9.1.1 Anfrage des Herrn Pohl (CDU-Fraktion)
betr.: Kreuzung Rösrather Straße / Frankfurter Straße

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 15.05.2003, TOP 9.3.2 (mündliche Anfrage)

9.1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
betr.: Einbürgerungen im Stadtbezirk Kalk

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 13.11.2003, TOP 9.2.2

9.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion
betr.: Blumenstand an der Haltestelle Vingst

9.3.2 Anfrage des Herrn Pohl (CDU-Fraktion)
betr.: Kreuzung Rösrather Straße / Frankfurter Straße

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 15.05.2003, TOP 9.3.2 (mündliche Anfrage)

9.3.3 Anfrage des Herrn Füßenich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
betr.: Abenteuerhalle Kalk

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Kalk
Bearbeitungsstand 01.12.2003

10.2.2 Teilraum Rechtsrheinisch-Nord
hier: Haushaltsbefragung zum Verkehrsverhalten

10.2.3 Aufstellung von Papierkörben in der Saarbrücker Straße und Weinheimer Straße

14.2.1 Sachstand „Pavillon“

Die Verwaltung bittet die TOP 8.2.1, 8.2.4 und 8.2.3 vorzuziehen und die TOP 9.1.1, 9.1.2, 10.2.3 und 14.2.1 der TO zuzusetzen.

Die Bezirksvertretung Kalk erklärt sich mit der vorgelegten Tagesordnung einverstanden.

I. . Öffentlicher Teil

- A** Verpflichtung eines neuen Mitgliedes der Bezirksvertretung Kalk
- Herr Bezirksvorsteher Dohm verpflichtet Herrn Werner Voigtländer als neues Mitglied der Bezirksvertretung Kalk.
- 1. Einwohnerfragestunde**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 2. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 GO, § 14 Abs. 1 Satz 1, Abs 7 HS**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 3. Einwohneranträge gem. § 35 GO, § 15 Abs. 7 HS**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 4. Bürgerbegehren und Bürgerentscheide gem. § 26 GO, § 16 Abs. 7, § 17 HS**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 5. Anregungen und Stellungnahmen des Ausländerbeirates gem. § 27 GO, § 23 Abs. 1 HS**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 6. Annahme von Schenkungen**
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 7. Anträge gem. §§ 3, 40 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 7.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO, § 19 Abs. 1 HS
- Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.
- 7.2 Vorschläge und Anregungen gem. § 37 Abs. 5 Satz 5 GO
- 7.2.1 Antrag der SPD-Fraktion
betr: Pilotprojekt Medizinisches Versorgungszentrum (MVZ) in Merheim
- Herr Dormeier (SPD-Fraktion) begründet den Antrag seiner Fraktion. Mit der Errichtung eines medizinischen Versorgungszentrums könne eine wesentliche Verbesserung für die Bürger erreicht werden. Er sei der Meinung, Merheim sei der optimale Standort für ein medizinisches Versorgungszentrum im Stadtbezirk Kalk.
- Frau Gärtner (Mitglied des Rates der Stadt Köln) führt aus, in Zusammenhang mit der Umwandlung der Rechtsform der Kliniken sei ein umfassendes Gutachten erstellt worden. Die Gutachter haben auch entsprechende Ergänzungsangebote vorgeschlagen. Hierzu haben bereits Gespräche zwischen den Fachleuten der Kliniken und einzelnen Ärzten stattgefunden. Frau Gärtner regt folgenden Beschlusstext an:

„ Die Verwaltung wird gebeten sich mit den städtischen Kliniken bezüglich der Planung eines Pilotprojektes für ein medizinisches Versorgungszentrum an den o.g. Standorten in Merheim, in Verbindung zu setzen.“

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu dem Antrag der SPD-Fraktion unter Berücksichtigung des Änderungsvorschlages von Frau Gärtner.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem geänderten Antrag der SPD-Fraktion zu:

Die Verwaltung wird gebeten in Zusammenarbeit mit den städtischen Kliniken die Planung eines Pilotprojektes für ein medizinisches Versorgungszentrum an den oben genannten Standorten in Merheim durchzuführen und die entsprechende Vorlage den Entscheidungsgremien vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Verwaltungsvorlagen

8.1 Entscheidungen gem. § 37 Abs. 1 GO. § 19 Abs. 1 HS

8.1.1 Einziehung des Verbindungsweges zwischen der Nobelstraße und der Thorwaldsenstraße in Köln-Vingst DS-Nr.: 113/803

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Die Bezirksvertretung Kalk beschließt, den Verbindungsweg zwischen der Nobelstraße und der Thorwaldsenstraße (Gemarkung Vingst, Flur 30, Flurstück 615) in Köln-Vingst aus überwiegenden Gründen des öffentlichen Wohles einzuziehen.

Die betroffene Wegeparzelle ist in Anlage 1 der Vorlage kenntlich gemacht.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.2 Anhörungen und Stellungnahmen gem. § 37 Abs. 5 Satze 1,2 GO, § 19 Abs. 4 HS

8.2.1 Verwaltung in den Stadtbezirken DS-Nr.: 1573/003 und Änderungsantrag der SPD-Fraktion

Der Auszug aus dem Entwurf der Niederschrift ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Herr Braun (Leiter des Zentralen Bürgeramtes) führt aus, der Rat habe am 29.07.2003 das Zielpapier „Verwaltung in den Stadtbezirken“ beschlossen. Im Prinzip haben sich daraus noch zwei Fragenkomplexe ergeben:

1. Die Verwaltung möge darstellen, welche personellen und monetären Einsparungen je Umsetzungsschritt erzielt werden.
2. Der Prüfauftrag an die Verwaltung, nach Möglichkeit die Bezirkssozial- und Bezirksjugendämter an den Standorten der Kundenzentren zu konzentrieren, andernfalls zumindest die Präsenz beider Ämter in einem Stadtbezirk zu regeln. In der folgenden Lenkungsgruppensitzung sei der Entwurf der jetzt vorliegenden

Beschlussvorlage nochmals erörtert worden. Die Wünsche der Lenkungsgruppe spiegeln sich in der Vorlage wieder. Demnach solle die Verwaltung neben der Abgrenzung zwischen der Servicestelle zu den Kundenzentren nochmals aufzeigen, welche Stellen eingespart wurden.

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) erläutert, seine Fraktion beobachte die Zentralisierungsbemühungen im Bereich des Kundenservices sehr kritisch. Aufgrund der schwierigen Haushaltslage habe die Verwaltung aber keine Alternative zu ihrem Konzept. Seine Fraktion werde deshalb dem Konzept zustimmen, weil dafür Sorge zu tragen sei, dass die notwendigen Mittel im Haushalt eingespart werden. Seine Fraktion verstehe die Qualität der Kundenbetreuung nicht alleine daraus, dass in allen Rathäusern alle Leistungen angeboten werden. Die Diskussion zu „Verwaltung in den Stadtbezirken“ sei in den letzten Monaten auch mit solchem Nachdruck geführt worden, weil man der Auffassung sei, dass in einer subsidiär geführten Stadt die Bezirksvertretungen die bezirklichen Angelegenheiten selber regeln müssen und nicht die Zentralverwaltung oder der Rat.

Herr Neubert (SPD-Fraktion) begründet ausführlich den Änderungsantrag seiner Fraktion. Der Änderungsantrag ist der Niederschrift als Anlage 2 beigefügt. Die SPD-Fraktion lehne die Verwaltungsvorlage ab.

Herr Füßenich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) betont, seine Fraktion stimme der Vorlage zu, wenn auch ungerne. Durch das Haushaltssicherungskonzept müsse der Schuldenberg in fünf Jahren abgebaut werden, damit die Stadt dann auch selbst wieder Gestaltungsspielraum erhalte. Da für die Vorschläge aus dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion keine Finanzierung erreicht werden könne, lehne seine Fraktion den Änderungsantrag ab.

Frau Wirtz (Vertreterin der FDP) erklärt, sie sei enttäuscht, dass sich die vielen Antworten der Verwaltung zu dem Konzept, aus der letzten Beratung, nicht auch in der neuen Vorlage wiederfinden. Die Personalpolitik im Stadtbezirk finde sie sehr befremdlich. Was die Sparmaßnahmen des Konzeptes betreffe sei nicht erkennbar, was kurzfristig im Einzelnen alles gespart werde. Frau Wirtz betont, durch das Konzept sei es nicht nur zu sehr viel Unruhe bei den Kunden und Politikern gekommen, auch die Beschäftigten der Stadt seien durch die Diskussion in hohem Maße belastet. Sie wünsche daher, dass man mit den Beschäftigten bei der Umsetzung des Konzeptes sehr befänglich umgehe.

Die Bezirksvertretung Kalk lehnt den Änderungsantrag der SPD-Fraktion ab:

1. Die Bezirksvertretung Kalk fordert den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie den Rat der Stadt Köln auf, die Ergebnisse der Lenkungsgruppe unter folgenden Vorgaben zu ändern und die überarbeitete Vorlage erneut zur Beratung vorzulegen:
 - Beibehaltung der dezentralen Stadtbezirksstrukturen mit neun grundsätzlich gleichen Bezirksrathäusern, in denen bürgernah Serviceleistungen von Bürgeramt, Ordnungsamt, Jugendamt, Sozialamt, zentralem Ermittlungsdienst, Stadt-Service-Teams, Stadtbücherei und VHS angeboten werden
 - Leitung des Stadtbezirksmanagements durch die/den Leiterin/Leiter des Bürgeramts
 - Optimale Nutzung der angemieteten oder stadteigenen Bezirksrathäuser auch durch andere Dienststellen
 - Auflösung des zentralen Bürgeramts und Angliederung der Stadtbezirke an das Dezernat des Stadtdirektors
 - keine Reduzierung der bezirksorientierten Verwaltungsstruktur zum Beispiel auf nur fünf Kundenzentren

- Entwicklung eines Konzepts zur Erzielung von mittel- und langfristigen Einsparpotentialen durch einen optimalen Angebotsmix zwischen zentralen und dezentralen Serviceleistungen.
2. Dieser Beschluss ist dem Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen sowie dem Rat der Stadt Köln in ihren nächsten Sitzungen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: abgelehnt, mit den Stimmen der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Vertreterin der FDP

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Ergebnisse der Lenkungsgruppe das Zielpapier „Verwaltung in den Stadtbezirken“ weiter umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich, mit den Stimmen der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Vertreterin der FDP

8.2.2 Genehmigung einer Dringlichkeitsentscheidung
betr.: Sanierung/Umgestaltung des Spielplatzes „Brückenauer Straße“ in Köln-Höhenberg
DS-Nr.: 1617/003

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

1. Die Bezirksvertretung Kalk beauftragt die Verwaltung, die Sanierung/Umgestaltung des Spielplatzes „Brückenauer Straße“ mit Gesamtkosten von 70.000 EURO durchzuführen.

Gleichzeitig nimmt die Bezirksvertretung Kalk die von der Firma Stockheim GmbH & Co. KG, Düsseldorf angebotene Spende in Höhe von 10.000 EURO für das Spielgerät „Bauwerkgerüst“ dankend an.

2. Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 70.000 EURO für die Sanierung/Umgestaltung des Spielplatzes „Brückenauer Straße“ aus der Hst. 4601.960.3010.6 S – Herrichtung von Kinder- und Jugendspielplätzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8.2.3 Nahverkehrsplan Köln 2003 – 2007
DS-Nr.: 1523/003

Herr Dr. Sarikaya (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) stellt die Beschlussvorlage vor.

Herr Baumeister (SPD-Fraktion) merkt an, er befürchte, dass die interlokalen Busverbindungen in 2004 gekappt werden. In Höhenberg entfallende dann die einzige Direktverbindung zum Bahnhof.

Herr Dr. Sarikaya (Amt für Stadtentwicklung und Statistik) führt aus, für die Linie 260 sei keine Veränderung vorgesehen. Die SB 3142 fahren über die Autobahn und haben daher keine Erschließungsfunktion für Köln.

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) schildert die Situation zur Anbindung der Merheimer Kliniken, der geplanten Protonenklinik und dem Neubaugebiet auf dem Madaus-Gelände. Gerade im Hinblick auf die aktuelle Entwicklung sei nicht nachvollziehbar, dass die KVB hier weiterhin nur aus Kostengründen eine bessere Anbindung dieses Bereiches ablehne.

Herr Knappertsbusch bittet um Mitteilung welchen Stellenwert die rechtsrheinische Ringstrecke bei der KVB habe und welche Vorteile hierdurch erlangt werden. Ein weiteres wichtiges Thema sei, dass endlich eine fußläufige Verbindung von der Haltestelle Merheim in Richtung des Einkaufsmarktes geschaffen werde. Es gebe Aussagen, wonach es sich bei diesem Weg um eine Erschließungsmaßnahme handle, die zu Lasten des Investors des Einkaufsmarktes gehe. Er bitte die KVB um Unterstützung bei der Umsetzung der Maßnahme. Auch die Errichtung von Aufzügen an U-Bahn-Haltestellen sei ein wichtiges Thema im Stadtbezirk. Ganz besonders dringlich seien Aufzüge an den Haltestellen Vingst und Kalk Post. Für die Haltestelle Kalk Post stelle sich jedoch die Frage, ob im Zusammenhang mit der Erschließung des neuen Einkaufszentrums eine Veränderung des U-Bahn-Abganges angedacht sei. Sollte kein direkter Zugang zum Einkaufszentrum erfolgen, sei ein Aufzug hier unentbehrlich.

Herr Neubert (SPD-Fraktion) bittet auch die Errichtung eines Aufzuges an der Haltestelle Fuldaer Straße zu prüfen.

Herr Höhn (KVB AG) erläutert, zur besseren Anbindung der Merheimer Kliniken gebe es derzeit Gespräche mit dem Investor des Wohngebietes. Es müssen aber Lösungen gefunden werden, die wirtschaftlich vertretbar seien. Der rechtsrheinischen Ringstrecke stehe die KVB sehr positiv gegenüber, sehe aber nicht eine so hohe Priorität, wie für die Nord-Süd-Stadtbahn. Die Problematik zu dem Verbindungsweg vom Lidl Einkaufsmarkt in Richtung Haltestelle und zu den angesprochenen Aufzügen werde er im Hause der KVB besprechen.

Frau Gärtner (Mitglied des Rates der Stadt Köln) teilt mit, zur Anbindung der Merheimer Kliniken stehe sie gerade wieder im Gespräch mit der KVB. Bei einem Ortstermin habe man sich bereits Möglichkeiten angesehen, wie der Bus durch das Gelände geführt werden könne. Sie habe den Eindruck gewonnen, dass das Thema ein großes Stück vorangekommen sei.

Herr Füßenich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) fragt nach, warum bei der Linie 1 jetzt häufiger hochflurige Bahnen im Einsatz seien.

Herr Höhn (KVB AG) führt aus, auf der Linie 1 gebe es ein Grundangebot mit Niederflurfahrzeugen im 10-Minuten-Takt und am Wochenende durchgängig. Bei den Verdichtungsfahrten vor- und nachmittags (5-Minuten-Takt) müssen auf einigen Kursen in den nächsten zwei Jahren auch noch hochflurige Stadtbahnwagen eingesetzt werden.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der ergänzten Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Der Rat nimmt den Nahverkehrsplan Köln 2003 – 2007 sowie die Stellungnahmen des Verkehrsverbundes Rhein-Sieg, der betroffenen Aufgabenträger, der vorhandenen Verkehrsunternehmen sowie der Behinderten- und Fahrgastverbände zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

- das Busnetz Rechtsrheinisch Süd (Kapitel 5.5.1.2) zum nächsten Fahrplanwechsel im Juni 2004, d.h. zeitgleich mit der Inbetriebnahme der Flughafen-S-Bahn S13 sowie der Taktverdichtung der S12, umzusetzen;
- die für die Gültigkeitsdauer des Nahverkehrsplans geplanten Maßnahmen umzusetzen sowie die weiteren Maßnahmen vorzubereiten;
- Nahverkehrsplan-relevante Einzelmaßnahmen wie bisher laufend fortzuschreiben;
- den Nahverkehrsplan als Gesamtwerk spätestens 2007/2008 fortzuschreiben.

Die Bezirksvertretung Kalk bestätigt nochmals ihren Beschluss zur Anbindung der Kliniken Merheim an den ÖPNV und bittet um zügige Umsetzung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

- 8.2.4 Haushaltskonsolidierung 2003 ff., Maßnahmen-Nr. HSK: 4520-02
hier: Ganztagsangebote für 10 – 14 jährige Schülerinnen und Schüler in Jugend-
einrichtungen und Bürgerzentren
Nachmittagsbetreuung an den Sonderschulen für Erziehungshilfe bzw. Lern-
behinderte

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) bittet um Mitteilung, welche Einrichtungen im Stadtbezirk derzeit die betroffenen Leistungen beanspruchen.

Herr Büscher (Amt für Kinder, Jugend und Familien) führt aus, neben der Schule „Der kleine Prinz“ seien noch fünf weitere Einrichtungen betroffen:

- Jugendhaus Neubrück, Träger: Jugendzentren gGmbH, betroffen mit zwei großen Gruppen
- Jugendzentrum Gremberg, Träger: Jugendzentren gGmbH, betroffen mit einer Gruppe
- OT Köln-Ostheim, Träger: Zu den heiligen Engeln und St. Servatius e.V., betroffen mit drei Gruppen
- SKM-Zentrum Würzburgerstraße, Träger: SKM-Köln e.V., betroffen mit einer Gruppe
- Jugendheim St. Theodor, Träger: kath. Jugendwerke e.V., betroffen mit einer Gruppe

Dies seien sechs von achtzig Einrichtungen, die derzeit noch gefördert werden.

Herr Baumeister (SPD-Fraktion) fragt nach, ob sich die Förderung für die Schule Vietorstraße durch die Beschlussvorlage automatisch bis zum 31.12.2004 verlängere.

Herr Büscher (Amt für Kinder, Jugend und Familien) merkt an, dass die Maßnahmen insgesamt mit dem 01.01.2005 eingestellt werden sollen. Er gehe daher davon aus, dass die Finanzierung im Haushaltsjahr 2004 noch gesichert sei.

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) betont, der Stadtbezirk Kalk sei deshalb besonders davon betroffen, weil gerade dort wo es sehr schwierig sei Kindern und Jugendlichen zu helfen, jetzt auch noch die Angebote zur Nachmittagsbetreuung entfallen. Er bittet um Beantwortung, ob die Verwaltung eine Möglichkeit sehe diese Nachmittagsbetreuung in anderer Weise zu regeln.

Herr Bezirksvorsteher Dohm fragt, ob es möglich sei die Schule „Der Kleine Prinz“ in die offene Ganztagschulform zu überführen. Er bittet hierzu um Unterstützung der Jugendverwaltung.

Herr Schneider (SPD-Fraktion) fragt nach, warum gerade die Einrichtungen der Jugendzentren gGmbH in Humboldt und Neubrück ausgesucht wurden. Seines Wissens funktioniere die Ganztagsbetreuung dort sehr gut. Er betont, dass der Stadt jede Mark teuer zu stehen komme, die heute an der Jugend gespart werde.

Herr Büscher (Amt für Kinder, Jugend und Familien) stellt fest, bei der derzeitigen Haushaltslage sehe er keine Möglichkeit andere adäquate Lösungen zu finden. Es sei der Jugendverwaltung bisher nicht gelungen hundertprozentig nachzuweisen, dass präventive Arbeit hohe Kosten im Pflichtbereich der Erziehungshilfe oder wirtschaftlichen Jugendhilfe einsparen könne. Da Präventivaufgaben freiwillige Aufgaben seien, müsse hier gespart werden. Die „Offene Ganztagschule“ liege im Zuständigkeitsbereich der Schulverwaltung, er werde dort das Anliegen aber gerne vorbringen. Auf die Frage von Herrn Schneider teilt Herr Büscher mit, dass keine Auswahl stattgefunden habe, sondern die Förderung bei allen Einrichtungen eingestellt werde.

Herr Knappertsbusch (CDU-Fraktion) führt aus, die Jugendzentren gGmbH werde von der Stadt bezuschusst. Daher stelle sich die Frage, ob nicht über diesen Etat die Nachmittagsbetreuung in der Einrichtung organisiert werden könne. Es müsse doch möglich sein, zumindest solche städtisch finanzierten Einrichtungen zu verpflichten, eine Nachmittagsbetreuung anzubieten. Im Grunde könne seine Fraktion dieser Beschlussvorlage nicht zustimmen. Die Zustimmung werde trotzdem erfolgen, da das Haushaltssicherungskonzept nicht unterlaufen werden dürfe. Es stelle sich auch künftig die Frage, wie Bereiche, die unter soziale Brennpunkte diskutiert werden, angemessen gefördert werden können. Es dürfe nicht eine flächendeckende Gleichbehandlung stattfinden, sondern dort wo es Brennpunkte gebe, müsse geholfen werden.

Frau Wirtz (Vertreterin der FDP) fragt, welche Bemühungen die Jugendverwaltung unternehme, um Sponsoren zu akquirieren, um den Trägern weiterhin die Möglichkeit zu geben eine Nachmittagsbetreuung sicherzustellen. Das einzig positive sei, dass noch ein Jahr Zeit bleibe sich auf die neue Lage einzustellen. Frau Wirtz bittet um Beantwortung, was unternommen werde, um die entstehenden Defizite in den Brennpunkten auf anderem Wege auszuräumen.

Herr Büscher (Amt für Kinder, Jugend und Familien) erklärt, dass alle Zuschüsse an die Träger auch mit einer konkreten Leistung verbunden seien. Sicherlich sei es möglich, dass große Träger einen gewissen Teil kompensieren können. Er stimme zu, dass klassische soziale Brennpunkte vernachlässigt werden. Aber auch dort haben sich im Laufe der Zeit Bedarfe verschoben und darauf müsse reagiert werden. Die fehlenden Mittel alleine über Sponsoren zu sichern werde nicht gelingen.

Frau Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt die Zustimmung ihrer Fraktion zu der Vorlage. Im Sommer sei die sogenannte „Giftliste“ entschärft worden. Aber auch nach der Entschärfung dieser Liste sei absehbar gewesen, dass viele Angebote nicht mehr möglich sein werden. Zum Glück bleibe noch ein Jahr Zeit um neue Strukturen zu überlegen. Der Vorlage müsse zugestimmt werden, um im Rahmen des Haushaltssicherungskonzeptes andere Dinge sicherzustellen, die genauso wichtig seien.

Herr Baumeister (SPD-Fraktion) stellt fest, der Beschlussvorlage könne auch nicht unter Berücksichtigung des Haushaltssicherungskonzeptes zugestimmt werden. Der Jugendhilfebedarf habe sich aus seiner Sicht sehr zu Ungunsten des Stadtbezirkes verschoben. Er hoffe in dem verbleibenden Jahr werde die Verwaltung viele Anstrengungen unternehmen, um eine bessere Lösung als Kürzungen zu finden.

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt dem Ergänzungsantrag der CDU-Fraktion zu:

Die Verwaltung wird gebeten, die Schule „Kleiner Prinz“ zeitgleich mit dem Auslaufen der in der Verwaltungsvorlage genannten Maßnahmen, in eine offene Ganztagschule zu überführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Bezirksvertretung Kalk stimmt der Beschlussvorlage der Verwaltung zu:

Der Rat beschließt die Einstellung der Förderung der Ganztagsangebote für 10-14jährige Schülerinnen und Schüler in Jugendeinrichtungen und Bürgerzentren, sowie der Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler der Sonderschulen für Erziehungshilfe und Lernbehinderte zum Ende des Haushaltsjahres 2004.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen CDU und Bündnis 90/Die Grünen, gegen die Stimmen der SPD-Fraktion, bei Stimmenthaltung der Vertreterin der FDP

9. Anfragen gem. §§ 4, 40 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

9.1 Beantwortung von Anfragen aus vorangegangenen Sitzungen

9.1.1 Anfrage des Herrn Pohl (CDU-Fraktion) betr.: Kreuzung Rösrather Straße / Frankfurter Straße

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 15.05.2003, TOP 9.3.2 (mündliche Anfrage)

Die Anfragenbeantwortung ist der Niederschrift als Anlage 3 beigefügt.

9.1.2 Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr.: Einbürgerungen im Stadtbezirk Kalk

Bezug: Sitzung der BV Kalk am 13.11.2003, TOP 9.2.2

Die Anfragenbeantwortung ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

9.2 Neue Anfragen

9.2.1 Anfrage der CDU-Fraktion betr.: Blumenstand an der Haltestelle Vingst

Frau Selter (Leiterin des Bürgeramtes Kalk) führt aus, es handle sich hier um einen Standort im öffentlichen Straßenland. Seit Jahren sei es einem Gewerbetreibenden gestattet, hier einen Blumenverkaufsstand zu betreiben. Auf Nachfrage erklärte der Betroffene, er sei aufgrund eines Unfalles nicht in der Lage gewesen, sein Gewerbe auszuüben. Er rechne nun mit baldiger Genesung. Bis Ende Dezember wolle er die Standfläche säubern und die Graffitis vom Holzhaus entfernen. Er beabsichtige den Blumenstand 2004 wieder zu eröffnen.

9.3 Mündliche Anfragen

9.3.1 Anfrage des Herrn Füssenich (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)
betr.: Abenteuerhalle Kalk

Herr Füssenich fragt nach dem aktuellen Sachstand zur Abenteuerhalle Kalk.

10. Mitteilungen

10.1 Mitteilungen des Bezirksvorstehers

Zu diesem TOP lagen keine Vorgänge vor.

10.2 Mitteilungen der Verwaltung

10.2.1 Baumfällungen im Stadtbezirk Kalk
Bearbeitungsstand 01.12.2003

Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage 5 beigelegt.

10.2.2 Teilraum Rechtsrheinisch-Nord
hier: Haushaltsbefragung zum Verkehrsverhalten

Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage 6 beigelegt.

10.2.3 Aufstellung von Papierkörben in der Saarbrücker Straße und Weinheimer Straße

Die Mitteilung ist der Niederschrift als Anlage 7 beigelegt.